

7 Unternehmen und Arbeitsstätten

7.0 Vorbemerkung

Unternehmen und Arbeitsstätten

Die in ungefähr zehnjährigem Turnus stattfindenden Arbeitsstättenzählungen erstrecken sich als Rahmenzählungen auf nahezu alle Wirtschaftsbereiche und vermitteln mit ihrem Überblick über Arbeitsstätten, Unternehmen und darin beschäftigte Personen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung ein umfassendes Strukturbild der Volkswirtschaft. Die letzte Arbeitsstättenzählung wurde in Verbindung mit der Volks- und Berufszählung 1970 durchgeführt. Erfasst wurden die Arbeitsstätten und Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Handels, des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung – darunter Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost –, der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes, der von Unternehmen und Freien Berufen erbrachten Dienstleistungen (wie Gastgewerbe, Bildungs- und Gesundheitswesen, Rechtsberatung) sowie Arbeitsstätten der Organisationen ohne Erwerbscharakter, der Gebietskörperschaften, Sozialversicherung und deren Anstalten und Einrichtungen, außerdem einige wenige der gewerblichen Besteuerung unterliegende Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Von der Zählung ausgenommen waren die land- und forstwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (mit Ausnahme der gewerblich besteuerten), private Haushalte sowie Dienststellen der Stationierungstreikräfte u. ä.

Als **Arbeitsstätten** gelten örtliche Einheiten, d. h. abgetrennte Räumlichkeiten, in denen unter Einschluß des Leiters mindestens eine Person haupt- oder nebenberuflich ständig tätig ist.

Die Angaben über **Beschäftigte** umfassen Tätige Inhaber, Mithelfende Familienangehörige sowie alle in abhängiger Tätigkeit stehenden Personen, unabhängig davon, ob diese Tätigkeit haupt- oder nebenberuflich als Voll- oder Teilbeschäftigung ausgeübt wurde. Auch vorübergehend Abwesende sind in den Angaben enthalten.

Die **wirtschaftssystematische Zuordnung** erfolgte nach der »Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Arbeitsstättenzählung 1970«, bei Arbeitsstätten mit verschiedenen Tätigkeiten (Kombinationen) nach dem »wirtschaftlichen Schwerpunkt«.

Nominalkapital der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung: Der Bestand und die Veränderungen werden aufgrund der Eintragungen in den Handelsregistern erfaßt. Zahl und Betrag der **Kapitalerhöhungen** decken sich nicht mit den Ergebnissen der Emissionsstatistik der Deutschen Bundesbank, weil der Zeitpunkt der Emission junger Aktien meist nicht mit der Eintragung im Handelsregister zusammenfällt. Änderungen in der Zuordnung nach Wirtschaftszweigen sind in den Tabellen nicht ausgewiesen; der Endbestand zum 31.12.1977 läßt sich deshalb nicht ohne weiteres anhand der Zu- und Abgänge auf den Anfangsbestand zum 1.1.1977 zurückrechnen.

Kostenstruktur

Die Kostenstrukturstatistik wird auf repräsentativer und freiwilliger Grundlage in vierjährigem Turnus in folgenden Bereichen durchgeführt (in Klammern jeweils das letzte Jahr, für das Ergebnisse vorliegen): Industrie und Handwerk (1974), Großhandel (1972), Einzelhandel (1973), Handelsvertreter und Handelsmakler

(1972), Verkehrsgewerbe (1975), Gastgewerbe (1973), Verlagswesen (1972), Freie Berufe (1975). In den hier wiedergegebenen Tabellen wird die Kostenstruktur, anders als in den einschlägigen Spezialveröffentlichungen, in verkürzter Form dargestellt.

Erhebungs- und Darstellungseinheit ist das Unternehmen bzw. die Praxis. Kombinierte Unternehmen werden nach ihrem »wirtschaftlichen Schwerpunkt« zugeordnet.

Aufgrund des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6.11.1975 (BGBl. I S. 2779) werden ab Berichtsjahr 1975 jährlich repräsentative Kostenstrukturerhebungen im Produzierenden Gewerbe mit Auskunftsspflicht durchgeführt (siehe hierzu Abschnitt 9 Produzierendes Gewerbe).

Abschlüsse der Unternehmen

Nachgewiesen werden die **Jahresabschlüsse von Unternehmen und Konzernen**, die aufgrund des Aktiengesetzes vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089) oder aufgrund des Publizitätsgesetzes (Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969, BGBl. I S. 1189) zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse verpflichtet sind. Der Statistik liegen die Pflichtveröffentlichungen im Bundesanzeiger zugrunde. Die Statistik der **Jahresabschlüsse öffentlicher Wirtschaftsunternehmen** (siehe Tabelle 7.13) beruht auf einer jährlichen Erhebung bei den öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen. Diese Statistik erfaßt die Jahresabschlüsse von kommunalen Eigenbetrieben sowie die Jahresabschlüsse von Gesellschaften (AG, GmbH), deren Kapital- oder Stimmrechtsanteile ausschließlich (bei den Eigengesellschaften) oder überwiegend in unmittelbarem oder mittelbarem Besitz von Bund, Ländern, Gemeinden und / oder Gemeindeverbänden sind. In den Ergebnissen sind auch Angaben für Gesellschaften enthalten, die in den Tabellen 7.14 bis 7.19 ausgewiesen sind.

Die Zahlen über **Herkunft und Verwendung der langfristigen Finanzierungsmittel** (Finanzierungsrechnung) beruhen auf den Veränderungen der Bilanzposten jeweils derselben Aktiengesellschaften.

Dividende auf Stammaktien (siehe Tabelle 7.18): Die statistischen Angaben über die Dividenden werden aufgrund der Gewinnverwendungsbeschlüsse der Hauptversammlungen gemäß § 174 AktG ermittelt. Dividendeberechtigt ist der Nominalbetrag der Stammaktien aller erfaßten Gesellschaften nach Abzug der ausstehenden Einlagen. Das dividendebeziehende Kapital umfaßt nur die Stammaktien solcher Gesellschaften, die eine Dividende gezahlt haben, und zwar nur den Teil, auf den tatsächlich ein Gewinn verteilt wird (bei einer Dividenden-garantie für die freien Aktionäre beispielsweise nur deren Anteil an den Stammaktien). Außerdem sind die ausstehenden Einlagen und der Nominalbetrag der eigenen Aktien abgezogen.

Zahlungsschwierigkeiten: Die Statistik der **Konkurs- und Vergleichsverfahren** beruht auf den Meldungen der Amtsgerichte (Konkursgerichte) über die eröffneten und mangels Masse abgelehnten Konkursverfahren sowie über die eröffneten Vergleichsverfahren. Finanzielle Ergebnisse werden nur von den eröffneten Konkurs- und Vergleichsverfahren gemeldet. Die außergerichtlichen Vergleichsverfahren werden statistisch nicht erfaßt. Zu den sonstigen Zahlungsschwierigkeiten liegen Angaben über Wechsel- und Scheckproteste vor.